

STADT FRANKFURT (ODER) DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG



Erklärung

zum „Entwurf einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Kommunales zum Entwurf des Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019“ der Landtagsfraktionen der SPD und DIE LINKE von April 2016

I.

Mit der Regionalkonferenz in Beeskow ist am 02.03.2016 der etwa halbjährige Diskussionsprozess zwischen Landesregierung, Gebietskörperschaften und Bürgerschaft zur geplanten Verwaltungsstrukturreform zu Ende gegangen. Ursprünglich als ehrlicher und insbesondere ergebnisoffener Kommunikationsprozess beschrieben, haben sich die insgesamt 25 öffentlichen Veranstaltungen zu einer politischen Farce entwickelt, die ohne erkennbaren Einfluss auf den Leitbildentwurf geblieben sind. Bürger aus den kreisfreien Städte und Landkreisen, aus kreisangehörigen Städten und Amtsgemeinden, Verwaltungsmitarbeiter und Politiker, ebenso wie Gewerkschaften, Vertreter aus der Wirtschaft und Sozialverbänden sowie viele ehrenamtlich tätige Personen haben sich mit einer Reihe von Fragen an die Regierungsvertreter gewandt. Sie alle verband der Anspruch, im Rahmen der Dialoge Antworten zu den Unklarheiten und Widersprüchen sowie den Wirkungen der beabsichtigten Instrumente des Entwurfs des Leitbildes zu erhalten. Wie die große Mehrheit, sind auch wir als Stadtverordnete enttäuscht von der wiederholt deutlich gewordenen fehlenden Bereitschaft der Landesregierung, aber auch von Teilen der sie tragenden Landtagsfraktionen, sich ernsthaft mit den Anmerkungen auseinanderzusetzen. Auch die von den Landtagsfraktionen von SPD und LINKE eingebrachte Beschlussempfehlung, welche nur selektiv einzelne Sachverhalte aufgreift und daraus vereinzelt unzureichende Änderungen am Leitbildentwurf vorsieht, überzeugt nicht und wird den eigenen Zielvorstellungen nicht gerecht. Sie ist aus unserer Sicht keine Grundlage für eine grundlegende Reform der Landes- und Kommunalverwaltungen.

II.

Den Vorwurf des Ministers des Innern und für Kommunales, einige Stadtverordnete hätten eine gestörte Wahrnehmung in Bezug auf die finanziellen Möglichkeiten ihrer Kommune, empfinden wir als beispiellosen Affront und Angriff auf die verfassungsrechtlich geschützte kommunale Selbstverwaltung und das politische Ehrenamt in unseren Kommunen.

Mit Unverständnis haben wir in diesem Zusammenhang auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass sich der Ministerpräsident verweigert, auf den von den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlungen Brandenburg an der Havel, Frankfurt (Oder) und Cottbus an ihn gerichteten offenen Brief zu reagieren.

Wir fordern die Landesregierung auf, alle im am 17.12.2014 vom Landtag Brandenburg gefassten Beschluss „Verwaltungsstrukturreform im Land Brandenburg auf den Weg bringen“ (DS 6/247-B) enthaltenen Vorgaben vollumfänglich umzusetzen. Insbesondere ist ein ausgewogenes Finanzierungskonzept als Grundlage vorzulegen, welches die dauerhafte Handlungsfähigkeit der Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Städte sowie Gemeinden im Ergebnis der beabsichtigten Reforminstrumente belegen kann. Die Landtagsfraktionen sind angehalten, auf die Umsetzung des von ihr an die Landesregierung gestellten Arbeitsauftrages hinzuwirken und sich nicht mit unfertigen Konzepten und Leitbildentwürfen, die keine schlüssigen Lösungen für die bezeichneten Reformziele aufzeigen, zufriedenzugeben.

Des Weiteren fordert die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) die Landtagsfraktionen auf, alle weiteren Arbeiten an und Vorbereitungen zu einer Verwaltungsstrukturreform unter den Vorbehalt einer voraussetzenden umfassenden Funktionalreform zu stellen, so wie dies auch im o.g. Landtagsbeschluss formuliert und in den öffentlichen Veranstaltungen immer wieder angemahnt worden ist.

II.

Am 05.04.2016 hat die Landesregierung dem Landtag die Dokumentation über die öffentlich geführten Dialogveranstaltungen übergeben. Entgegen unserer Erwartungen hat es die Landesregierung versäumt, sich darin umfassend mit den Anregungen auseinanderzusetzen und den Leitbildentwurf entsprechend der Erkenntnisse spürbar weiterzuentwickeln. Dieses Vorgehen lässt nicht nur bei uns, sondern auch bei vielen Bürgern in unserer Stadt den Verdacht entstehen, die Inhalte der Reform hätten bereits vor Beginn der Bürgerdialoge festgestanden und die Veranstaltungen lediglich als formelles Feigenblatt gedient. Ein solches Vorgehen würde nicht nur das Vertrauen der Bürgerschaft in die Landespolitik erschüttern. Es würde auch die Bereitschaft, sich vor Ort ehrenamtlich zu engagieren, verringern und damit einen wesentlichen Pfeiler zur Gestaltung unseres demokratischen Gemeinwesens ins Wanken bringen.

Aus diesem Grund fordern wir eine klare Abwägung aller in den Diskussionen vorgebrachten Argumente auf deren Realisierbarkeit im Reformprozess. Insbesondere dringen wir darauf, dabei Alternativen zum jetzigen Reformstand zu berücksichtigen.

Die geplante Kreisgebietsreform und die ihr zugrunde liegende Argumentation überzeugen uns nach wie vor nicht und die Landesregierung tut wenig, sich ernsthaft mit unseren Zweifeln auseinanderzusetzen. Insbesondere ist sie auch in ihren Antworten auf parlamentarische Anfragen den Nachweis schuldig geblieben, dass z.B. ein Entzug der Kreisfreiheit alternativlos fachlich geboten ist und tatsächlich zu Skaleneffekten und damit verbundenen wesentlichen Einsparungen führt, sodass die Leistungsfähigkeit aller Reformbeteiligten verbessern werden kann. Solange z.B. auch unklar bleibt, wie der Widerspruch der Stärkung der kommunale Selbstverwaltung und der Oberzentren trotz Aufgabenentzug ausgeräumt und wie die (finanzielle) Handlungsfähigkeit durch bloßes Verschieben von Zuständigkeiten und Finanzmitteln insgesamt verbessert werden kann, betrachten wir die Debatte um den Entzug der Kreisfreiheit als ausschließlich politisch motiviertes Vorgehen gegen die kommunale Selbstverwaltung im Land Brandenburg.

Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der gesamten kommunalen Familie wird auch die Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder) bei der Anhörung im Innenausschuss des Landtages am 02.06.2016 ein deutliches Zeichen für die Stärkung der Demokratie vor Ort und der kommunalen Selbstverwaltung setzen. Wir sind nicht bereit, errungene und in der Praxis bewährte Strukturen politischen Zwecken zu opfern. Unsere Verpflichtung gilt allein den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, für die wir arbeiten und Entscheidungen treffen.

Stadt Frankfurt (Oder), den 12.05.2016

Wolfgang Neumann
Vorsitzender der
Stadtverordnetenversammlung

Dr. Martin Wilke
Oberbürgermeister

René Wilke
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.

Ulrich Junghanns
Fraktionsvorsitzender
CDU/BürgerBündnis

Tilo Winkler
Fraktionsvorsitzender SPD

Michael Katzke
Fraktionsvorsitzender Liberal-
Konservatives Bürgerforum

Wolfgang Mücke
Fraktionsvorsitzender
FDP/Bürgerinitiative Stadtumbau

Wilko Möller
Fraktionsvorsitzender AfD FFO